



Neu-Anspach den 13.12.2018

Haushaltsrede der Fraktion b-now

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wir sind heute sehr froh darüber, dass das erklärte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erreicht ist.

War die finanzielle Situation unserer Stadt mit rund 47 Millionen Euro Schulden zu Beginn der Legislaturperiode dramatisch, so darf ich jetzt erfreut berichten, dass die Trendwende nachhaltig geschafft ist. Seit 2016 sinken die Schulden und mit der Übernahme von 11,2 Millionen Euro an Kassenkrediten durch die Hessenkasse ist ein deutlicher Sprung nach unten in Richtung 35 Millionen Euro zu verzeichnen.

Welche Haushalts-Vorgaben macht uns der Gesetzgeber?

Nach wie vor gilt die im März 2011 in der Verfassung des Landes Hessen verankerte Schuldenbremse. Der Haushalt muss folglich ausgeglichen vorgelegt werden, um genehmigungsfähig zu sein.

Welche Randbedingungen haben Probleme bereitet?

Erhebliche Korrekturen der Steuerprognosen des Landes um ca. 860.000 Euro nach unten mussten berücksichtigt werden. Massive Zusatzkosten von ca. 300.000 Euro entstehen der Stadt für die 6-stündige Freistellung im KiTa-Bereich. Mit 4,476 Millionen Euro ist die Kinderbetreuung nach wie vor der größte Haushaltsposten - pro Kind und Jahr werden über 4.000 Euro von der Stadt übernommen .

Unter großen Anstrengungen ist es dennoch gelungen, die Herausforderungen für den Haushalt des Jahres 2019 zu meistern.

Was bedeutet das für den Haushalt von Neu-Anspach?

Erklärtes Ziel der b-now war, die Leistungen für unsere Bürger stabil zu halten. Dieses Ziel wurde weitestgehend erreicht.



Die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer werden nicht erhöht. Weder muss das Schwimmbad noch die Bücherei geschlossen werden, auch andere soziale Leistungen wurde nicht angetastet. Mit den Vereinen ist die Verwaltung auf einem guten Weg, einvernehmliche Regelungen zu finden, welche die Stadtkasse entlasten.

Dennoch waren schmerzliche Einschnitte notwendig, um den Haushalt 2019 auszugleichen. Gelder für Instandhaltungen von Straßen mussten gekürzt werden, ebenso wurden Reduzierungen bei Personalkosten in der Verwaltung beschlossen und die Sach- und Dienstleistungen um über 7% gekürzt.

Um den Haushalt ausgleichen zu können, war es weiterhin zwingend erforderlich, die bereits in 2015 beschlossenen Straßenbeiträge nun einzufordern. Das ist sehr bedauerlich, denn leider hat sich das Land nicht bereit erklärt, die grundhafte Straßensanierung zu übernehmen. Da diese Einnahmen im Haushalt 2018 und auch in Folgehaushalten notwendig sind, damit Straßen erneuert werden können, ließ sich diese Maßnahme nicht vermeiden - ein anderweitiger Ausgleich war nicht mehr möglich.

Zwar sinken mit der Einführung der Hessenkasse die ausgewiesenen Schulden nun deutlich, aber die finanziellen Herausforderungen sind nach wie vor anspruchsvoll, da hierfür 365.000 Euro an Tilgung pro Jahr aufgebracht werden müssen.

Was haben wir erreicht, was steht noch an?

Wie im Vorfeld schon erwähnt, ist der KiTa-Bereich nach wie vor der größte Ausgabenposten. Es ist daher aus unserer Sicht, auch mit Blick auf die Generationengerechtigkeit notwendig, hier weiter Optimierungen vorzunehmen, ohne die Eltern überproportional zu belasten oder Leistungen zu kürzen. Hierzu haben wir mehrere Anträge eingebracht:

- Kündigung der Pauschalvergütung für KiTa Kinder aus Umlandgemeinden, der so genannten Einpendlerpauschale, welche Neu-Anspach im Kreis überproportional belastet. Diese gesetzliche Möglichkeit der Umlage aller Kosten bringt uns 6-stellige Zusatzeinnahmen. Eltern werden dadurch definitiv nicht belastet, die Kosten hat die abgebende Gemeinde zu tragen.



- Im Rahmen der im April 2019 anstehenden Evaluation zu den KiTa-Gebühren soll eine praktikable Lösung zur teilweisen Umlage der Personalkostensteigerung (zu 1/3) mit dem Stadtelternbeirat verhandelt werden, um die Kosten für die Stadt nicht mit jeder Gehaltsrunde noch weiter zu steigern.
- Die veralteten Betriebsvereinbarungen mit dem VzF aus den 90ern sollen aktualisiert und mit eindeutigen, nachvollziehbaren Leistungskriterien versehen werden.
- Steigerungen der Geschäftsstellenkosten beim VzF um bis zu 53% (Steigerung gesamt ca. 24.000 Euro) sollen nicht akzeptiert werden.

Wie geht es weiter?

Neu-Anspach muss auch in den kommenden Jahren weiter sparen und Kosten senken.

Eine im Parlament beschlossene Klage gegen das Land zur vollständigen Übernahme der Kosten für die Freistellung im KiTa-Bereich soll uns dabei helfen, zum einen die Eltern weiter zu entlasten (speziell auch für Kinder unter 3 Jahren) und die Mehrkosten für die Stadt zu reduzieren.

Durch den Zuzug neuer Bürger oder die Ansiedelung von Gewerbe können zusätzliche Einnahmen erreicht werden. Das erste Großprojekt in der Bahnhofstraße 30 nimmt Formen an, weitere werden bald folgen.

Auch der vom Parlament auf den Weg gebrachte städtebauliche **Masterplan 2040** zur maßvollen Erweiterung der Stadt ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Argumente der Bürgerinnen und Bürger abzuwägen und in unsere Überlegungen einbeziehen ist der nächste Schritt, um für eine ausgewogene Grundlage künftiger Planungen und eine moderate Entwicklung unserer Stadt zu sorgen.

Sehr positiv ist, dass unsere Bürger sich im laufenden Jahr stark eingebracht haben, um Ausgaben zu senken. Bei der Sanierung der Schwimmbadgaststätte hat sich gezeigt, dass nicht alles aus der Stadtkasse finanziert werden muss. Durch persönliches Engagement und Spendenbereitschaft wurden mehr als 50.000 Euro gespart – eine Erfolgsgeschichte,



hoffentlich mit Signalwirkung für weitere Bürgerprojekte und einer Stärkung der Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt.

Die kontinuierliche Einbindung unserer Bürger in Entscheidungen ist uns ebenso wichtig, wie sachliche, transparente Information. Wir als b-now veranstalten hierzu monatlich unseren Bürgerstammtisch, der über aktuelle Themen der Politik informiert. Politisch wichtig ist uns eine klare Linie für die Zukunft. Ausgewogenheit zwischen den Bedürfnissen aller Altersgruppen von Kindern über Jugendliche, Erwachsene bis zu den Senioren ist unser Ziel. Mit der Möglichkeit, Petitionen einzureichen haben die Bürgerinnen und Bürger zukünftig die Möglichkeit, ihre Wünsche aktiv zur Diskussion zu bringen. Voraussetzung ist, dass 400 Wahlberechtigte Einwohner der Stadt ein Anliegen vertreten. Schon seit über einem Jahr werden Informationsveranstaltungen bei größeren Bauvorhaben mit Anliegern bei guter Beteiligung durchgeführt. Hierbei gilt, dass das Allgemeinwohl vor Individualinteressen Vorrang haben soll.

Dem Erhalt unserer intakten Natur im Naturpark kommen wir mit der angestrebten Eigenbeförderung ein Stück näher. Auch wird die Holzvermarktung gemeinsam mit Usingen die Stadtkasse mittelfristig entlasten.

Die b-now appelliert hier und heute an alle Bürger, sich solidarisch der gemeinsamen Herausforderung zu stellen, denn nur gemeinsam sind wir stark genug um die anstehenden Herausforderungen zu meistern!

Wir sind überzeugt, dass Neu-Anspach die Weichen in die richtige Richtung gestellt hat.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die – trotz manchmal harten Auseinandersetzungen – konstruktive und intensive Suche nach Lösungen zum Wohle unserer Stadt bedanken. Ein besonderer Dank gebührt hierbei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung einschließlich des Magistrats.

Im Namen der b-now wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben geruhsame
Weihnachtsfeiertage und einen guten Start ins Jahr 2019.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Bernd Töpperwien